

ContraSalon

Dipl.-Ing. Jürgen Wahl / Politischer Privatbrief / No 17 / 15. 10. 2011

englischer schulbuch-skandal + geschwächte polnische sld + 40 sitze für rüpel palikot + reate sommer geißelt neue türkische bücher + piratenpartei, liebling unkritischer medien wie ‚bild‘ + us-hurricane-hysterie + stephan eisel sagt, man brauche europa-kraftakt von ‚adenauer - ausmaß‘ + alternativer klima-kongress

Der Fall Julija Timoschenko: Zu halbweiche westliche Kritik Das Europäische Parlament wackelt nicht: Kein Entree für die Ukraine

Jacek Syrusz-Wolski, Nummer 1 der polnischen PO-Abgeordneten im Europäischen Parlament, urteilt wie sein Parteichef und Wahlsieger **Donald Tusk** und fertigte einen Tag nach dem Kiewer Urteil den Ukraine-Außenminister **Kostiantyn Gryshenko**, gerade Gast der Völkerkammer in Brüssel, eisig ab: „Sie haben Ihre Freunde in der EU betrogen. Sie brauchen keine EU-Mitgliedschaft-Perspektive mehr, gleich in welchem Dokument. Die Führung in Kiew hat andere Wertvorstellungen als wir Europäer.“ Er verlangte, den für 20.10. geplanten Besuch des ukrainischen Herrschers **Janukowitsch** bei Präsident **Barroso** in Brüssel abzusagen.

Wochen intensiver Arbeit zur politischen Lösung der Causa Timoschenko brachten fast nichts als neue Hoffnungen, gestützt auf das Gerücht, der 3/4-Diktator Janukowitsch wolle nach einer Art Schamfrist die Verurteilten freilassen und das Kiewer Parlament helfe dabei. **Elmar Brok** MdEP, anders als Berliner Bundestagsabgeordnete immer in vorderster Front mehrfach in der Ukraine, reagierte nach dem Urteil wütend. Dabei war er nur vorsichtig optimistisch gewesen. Thema 1 gleich Timoschenko galt schon viele Wochen auch für den hessischen CDU-Europaabgeordneten Michael Gahler. Der gelernte Diplomat ist ernüchtert, hofft aber noch.

Natürlich kennen die Christdemokraten in Brüssel die wieder einmal herrschende Lahmheit der westlichen Etappe. In den Politzentren und auf den hohen Wirtschaftsetagen geht das Geschäft mit dem starken **Wladimir Putin** vor, in den Außenämtern ist Lavieren wie so oft angesagt, sobald Diktaturen blenden, locken, versprechen, lügen. Und das demokratische Fußvolk mitunter ebenso mies: Zwei Damen, Mitglieder der liberalen Fraktion des Europäischen Parlaments, meinen zum Beispiel, in der Ukraine gehe es „insgesamt“ rechtsstaatlich zu. So „rechtsstaatlich“, dass nur 2% der 2011 vor Gericht gestellten Bürger freigesprochen wurden, während 98% die seit Sowjetzeiten unveränderten Haftbedingungen jahrelang erleiden müssen.

Schreiben Sie Ihren Europaabgeordneten. Diese Frauen und Männer, also nicht die 26 nationalen europäischen Parlamente oder die 27 Regierungen, haben die „Nein-Waffe“ gegen jedes vorteilhafte Geschäft mit der Ukraine und das „No“ für den Fall eines Beitrittsantrags sowieso. Das sagen unsere Medien leider nur dann, wenn Ostern und Pfingsten auf einen Tag fallen.

Neunmalschlaue meinen, schroffe Haltung treibe Kiew wieder in Abhängigkeit vom Kreml. Wirklich? Wo wollen die Feinde von Julija Timoschenko denn bessere Geschäfte machen? Na also...

Unser Text wurde von Polen am 10. 10. in EU-Staaten, USA, Kanada und Australien verbreitet. Bitte dieses englische Original weiter verschicken

☒ „General Eisenhower warned us!

It is a matter of history that when the Supreme Commander of the Allied Forces, General Dwight Eisenhower, 1945 found the victims of the death camps he ordered all possible photographs to be taken, and for the German people from surrounding villages to be ushered through the camps and even made to bury the dead.

☒ He did this because he said in words to this effect: 'Get it all on record now - get the films - get the witnesses - because somewhere down the road of history some bastard will get up and say that this never happened.'

☒ This week, the **UK (Grossbritannien)** debated whether to remove **The Holocaust** from

its school curriculum because it 'offends' the Muslim population which claims it never occurred. It is not removed as yet! However, this is a frightening portent of the fear that is gripping the world and how easily each country is giving into it. It is now more than 60 years after the Second World War in Europe ended.

✘ This e-mail is being sent as a memorial chain, in memory of the 6 million Jews, 20 million Russians, 10 million Christians, and also 1,900 Catholic priests who were murdered, raped, burned, starved, beaten and humiliated.“



. Wahlsieger Donald Tusk

Aus Warschau schrieb mir zu den Wahlen an der Weichsel mein Freund Pawel Moras, Direktor des Deutsch-Polnischen Jugendwerks:

„Das Wahlergebnis ist besser als die letzten Umfragen waren, umso größer die Erleichterung. Die Koalition mit PSL scheint schon in trockenen Tüchern zu sein. PO plus PSL = 235 Mandate, ziemlich knapp bei 460, aber es werden ganz gewiss noch einige SLD-Abgeordnete (!) zur PO übergezogen. Dafür wird der vor einigen Monaten von der PO abgeworbene **Bar-tosz Arlukowicz** (40 J., Kinderarzt) sorgen, der in den letzten Jahren als größte Hoffnung der Linken galt, aber vor einem halben Jahr Tusks Angebot annahm, in der Kanzlei des Premierministers als Staatssekretär mit dem Aufgabengebiet *sozial Schwache und Benachteiligte* zu fungieren.

Er bekam jetzt in Stettin als PO-Spitzenkandidat viermal so viele Stimmen wie der SLD-Parteivorsitzende (!) Napieralski und gilt als einer der wahrscheinlichsten Kandidaten für die Übernahme des Ministeriums für Soziales. / Noch zur SLD: Sie wurde halbiert, folglich sind ihre Gewählten hyper-nervös.“

Auf einen Schlag zehn polnische Wutprozente für den Rüpel Janusz Palikot

☺ Er wollte Mathematik studieren, entschied sich allerdings für ein Philosophiestudium. Nach der Wende gründete er 1990 das Schaumwein produzierende Unternehmen Ambra und 2001 die auch auf Alkohol spezialisierte AG Jabłonna. 2005 wurde Palikot Für die PO in den Sejm gewählt. Wiederwahl 2007, Arbeit in den Kommissionen für Kultur und Massenmedien. Innerhalb der Partei zählte Palikot zum linken antiklerikalen Flügel. Er setzt sich für liberale Abtreibungsregelungen ein und auch für die Legalisierung der In-Vitro-Fertilisation.

☺ Mit einem Vermögen von etwa 330 Millionen Złoty im Jahr 2006 ist er der reichste polnische Abgeordnete. Mit seiner ersten Frau hat Janusz Palikot zwei Kinder, mit seiner zweiten ebenfalls. 2010 gründete Palikot die linksliberale Bürgerbewegung Modernes Polen und trat später aus der PO aus. Am 18. Oktober 2010 gründete er die **Ruch poparcia Palikota** (Bewegung zur Unterstützung von Palikot). Am 10. Januar 2011 legte er vorzeitig sein Mandat des Sejm-Abgeordneten nieder. Janusz Palikot sorgte für Kontroversen. Bei einer Pressekonferenz der PO trug er ein T-Shirt, auf dem stand „Ich bin schwul“. Einmal erschien er im TV-Studio mit einem abgehauenen Schweinskopf. // 2010 wurde Palikot zu einer Geldstrafe von 1200 zł für das öffentliche Trinken von Alkohol verurteilt. Seine Auftritte führten in Polen zur Entstehung des Begriffs palikotyzacja (Palikotisierung) für vulgäre oder ungewöhnliche Auftritte und Aussagen.



.Aufwiegler Palikot

„Voran machen mit dem Türkei-Beitritt“ - Wer das fordert, schwätzt ohne Ahnung



Renate Sommer im Wahlkreis

Die Türkei verändert nicht nur ihr Auftreten nach außen, sie verhetzt auch weiter Schulkinder

cb In letzter Zeit kamen sowohl aus Berlin wie aus Brüssel Stimmen, die „Voranmachen mit den Verhandlungen über eine EU-Mitgliedschaft“ forderten. Deshalb sind Mei-nungen wie die der bekannten Türkei-Expertin Renate Sommer so wichtig und verdienen Verbreitung in der CDU.

cb Die türkische Regierung hat nämlich ein neues Geschichtsbuch für den Schulunterricht aufgelegt, in dem Aramäer als Landesverräter und Wirtschaftsflüchtlinge diffamiert werden. In anderen, ebenfalls neu aufgelegten Schulbüchern werden weitere nicht-muslimische Religionsge-

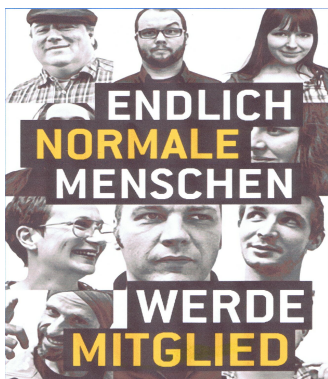
meinschaften - wie früher schon - diskreditiert. Dies verletze nicht nur das Grundrecht auf Religionsfreiheit, sondern gehe in Richtung Volksverhetzung, sagt die Türkeiexpertin und Europa-abgeordnete für das Ruhrgebiet. Sie wird deutlich: "Mit den neuen Schulbüchern haben wir es Schwarz auf Weiß. Die türkische Regierung hat nicht im Mindesten die Absicht, die Diskrimi-nierung religiöser Minderheiten zu beenden und für mehr Toleranz in der Bevölkerung zu werben. Die Diffamierung christlicher Minderheiten als ‚schädliche Gemeinden‘, ‚Spione‘ und ‚Ungläubige‘ ist der Versuch, bereits Schulkinder im Sinne des islamistischen Weltbilds der Regierung Erdogan zu indoktrinieren. Ein unsäglicher Vorgang für einen EU-Beitrittskandidaten", erklärt Sommer.

cb Insbesondere Aramäer werden bis heute in der Türkei angefeindet. Nach dem Völkermord an den Armeniern, Pontosgriechen und Aramäern im Jahr 1915 wurden die verbliebenen türkischen Christen fortwährend unterdrückt und diskriminiert. Das Verbot der institutionellen Religionsausübung, des Baus von Kirchen und der Ausbildung von Priestern hat in den vergangenen Jahrzehnten zu einem Exodus der Christen aus der Türkei geführt.

Die Piratenpartei, Lieblingssäugling im deutschen Medienstall

Die Leser sollen heute kurz etwas über die Story der Partei erfahren. Über den erstaunlich liebevollen, unkritischen bis naiven Umgang der Medien mit den Neuen später noch mehr

Die in Schweden Anfang 2006 gegründete Piratenpartei geht zurück auf die Anti-Copyright-Orga-nisation „Piratbyran“, die 2004 die Internet - Tauschbörse „The Pirate Bay“ initiiert hatte. Der Pro-
test gegen die Beschlagnahme des Servers durch schwedische Behörden wegen Urheberrechts-



.Werbung Piratenpartei

verletzungen und gegen die 2009 ergangenen Urteile sind Hauptthema der neuen Partei, die bei den nationalen Parlamentswahlen in Schweden 2006 und 2010 jeweils nur 0,6 Prozent der Stim-men erreichte, aber bei den Europawahlen 2009 mit 7,1 Prozent einen Abgeordneten nach Brüssel entsenden konnte. Wie in Deutschland heißt es in Schweden häufig, bei Europawahlen können man „mal herumfummeln“ (stern).

In Berlin hatten die Piraten bei der Bun-destagswahl 2009 schon 3,4 Prozent



der Zweitstimmen erreicht (58.000). Bei der Abgeordnetenhauswahl 2011 gab es fast 130.000 Stimmen (8,9%). Die als Internetpartei (!) am 10. September 2006 in Berlin gegründete Piratenpartei mit ihrer Forde-rung nach unbegrenzter Freiheit im Internet bei den Bundestagswahlen 2009 zog immerhin zwei Prozent der Stimmen. In Berlin schaffte sie im September 2011 8,9 Prozent für das Abgeordnetenhaus.

Von den 15 Mitgliedern, die dort einzogen, sind nur zwei über 50 Jahre alt, zugleich sind nur fünf jünger als 30 Jahre. Nur drei kommen nicht aus dem Bereich Software-Elektronik-Mathematik. Sechs geben keinen erlernten Beruf an, sechs üben zur Zeit keinen Beruf aus. Frauen:eine. Im Berliner Wahlprogramm der Piratenpartei, das sich neben den bekannten Internet-Themen mit vielen kommunalen Berliner Themen befasst, finden sich auch die bemerkenswerten Forderungen: „Stopp der Verfolgung von Schwarzfahrern“ // Fahrscheinlose Nutzung ÖPNV zum Nulltarif“ // Wir lehnen Überwachung im öffentlichen Raum ab // Zur Drogenpolitik: „Konsumentenjagd beenden“. „PIRATEN Berlin werden sich kurzfristig für einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn und mittelfristig für ein Grundeinkommen einsetzen. Dieses Grundeinkommen wird für alle Bürger mit ständigem Wohnsitz oder unbefristetem Aufenthaltsrecht in Deutschland, ohne weitere Bedin-gungen, eingeführt.“

Völlige Transparenz fordert die Piratenpartei von Staat und Politik. Aber wie sieht es aus, wenn die Piraten selbst betroffen sind? Die Transparenzwirklichkeit der Piratenpartei folgt dem Leitsatz: Nicht alles und nicht für alle. - Als neue Politikform will die Piratenpartei "Liquid Democracy", eine Mischform aus direkter und indirekter Demokratie. Mit Hilfe des Internets sollen die Bürger dabei permanent in Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

kommen. Europa ist keine Momentaufnahme. Die Europäische Union gründet auf der historisch unhintergehbaren Einsicht, dass Frieden, Freiheit und Wohlstand auf diesem Kontinent dauerhaft nur durch einen engen Verbund gewährleistet werden können. .. Wie dieser Verbund konkret ausgestaltet sein soll, darüber müssen wir uns immer wieder auseinandersetzen; verbunden werden wir immer bleiben.“

Das Zeitalter scheinbar voneinander unabhängiger Nationalstaaten ist längst vorbei. Das haben wir in der Außen- und Sicherheitspolitik begriffen und beginnen es in der Wirtschafts- und Finanzpolitik besser zu verstehen... Schon wegen unserer Exportabhängigkeit ist die wirtschaftlichen Stabilität insbesondere unserer europäischen Nachbarn für uns lebenswichtig. Auch in den internationalen Finanzmärkten sind wir Deutschen allein zu schwach.

Die Motivation der Gründergeneration „Nie wieder Krieg! Nie wieder Diktatur!“ hat nach 1945 zur Gründung der Europäischen Union geführt und begründet ihren Erfolg, Frieden und Freiheit für uns in Europa zu sichern. Das bleibt wichtig, reicht aber nicht mehr aus.

Uns Europäern muss klarer werden, dass wir nur ein kleiner Teil dieser Welt sind. Heute leben nur etwa 7,5 Prozent der Weltbevölkerung in der EU, 2050 werden wegen des unterschiedlichen Bevölkerungswachstums nur rund 4 Prozent der Menschheit Europäer sein. Wir haben als kleine Minderheit in der Weltgesellschaft nur dann eine Chance, wenn wir noch mehr zusammenrücken und noch enger zusammenarbeiten.

Leider wird zu selten darüber gesprochen, wie das geeinte Europa der Zukunft aussehen soll. Aber Unklarheit schafft auch hier nur Unsicherheit. Wer das Ziel nicht beschreibt, wird den Weg dorthin nicht finden. „Vereinigte Staaten von Europa“ schlug Victor Hugo auf dem Pariser Friedenskongress von 1849 ähnlich vor wie Winston Churchill in seiner Züricher Rede 1946, als er „**eine Art von** Vereinigten Staaten von Europa“ forderte. Man kann auch wie die CDU in ihrem ersten Grundsatzprogramm 1978 vom „europäischen Bundesstaat“ sprechen. Es geht hier um ein föderalistisches Gegenmodell zu einem europäischen Zentralstaat, also um ein Europa nach „bundesstaatlichen Prinzipien und Methoden“ wie es im aktuellen Grundsatzprogramm der CDU aus dem Jahr 2007 heißt. Dort wird auch zu Recht formuliert: „An dem langfristigen Ziel, eine Verfassung für die Europäische Union zu schaffen, halten wir fest.“ Europa braucht eine solche Verfassung, um seine Gestalt für die Zukunft zu finden.

Dazu ist es notwendig, die Demokratiereform für die europäischen Institutionen voranzutreiben. Schon für den *status quo* der Integration reichen die gegenwärtigen Verfahren nicht mehr aus, für die Zukunft noch weniger. Es geht um mehr Handlungsfähigkeit und bessere demokratische Kontrolle. Dabei muss das von den Bürgern frei gewählte Europäische Parlament ebenso nochmals weiter gestärkt werden wie die nationalen Parlamente bei ihrer Kontrolle der nationalen Regierungen, die als versammelte Exekutivmacht in den europäischen Räten viel zu viel (unkontrolliertes) Eigenleben entwickeln.

Auf diesem Weg war der Lissaboner Vertrag ein unverzichtbares Instrument, denn er etabliert und stärkt Subsidiaritätsprinzip auf europäischer Ebene. Dieses Subsidiaritätsprinzip hat zwei Seiten: Einerseits die Dezentralisierung; andererseits die Stärkung der Ebene, der eine Aufgabe zur Erledigung zugewiesen wird. So verlagert der Lissaboner Vertrag Aufgaben von Brüssel in die Mitgliedstaaten und Regionen. Zugleich stärkt er die europäische Ebene, wo es für die Selbstbehauptung Europas wichtig ist: Vor allem bei der inneren und äußeren Sicherheit. Jetzt kommt es darauf an, auch bessere Regeln zur Zusammenarbeit in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zu vereinbaren. Schon deshalb muss der Lissaboner Vertrag weiterentwickelt werden.

Zur Klarheit über die künftige Gestalt Europas gehört es auch, die Strategie der EU-Erweiterungspolitik auf den Prüfstand zu stellen.

Die „Kopenhagener Kriterien“ legen die EU fest: *„Als Voraussetzung für die Mitgliedschaft muss der Beitrittskandidat eine institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten verwirklicht haben; sie erfordert ferner eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten. Die Mitgliedschaft setzt außerdem voraus, dass die einzelnen Beitrittskandidaten die aus einer Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen übernehmen und sich auch die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu eigen machen können“*

Es war falsch, Beitrittsverhandlungen mit Ländern aufzunehmen, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen. So sind diese Beitrittsverhandlungen zu einem pädagogischen Instrument geworden, zu einer Art permanenter Nachhilfestunde: Notwendige Reformen werden oft nicht aus eigener Einsicht und um ihrer selbst Willen durchgeführt, sondern damit der Beitrittsprozess weitergeht. So entfalten sie keine nachhaltige Wirkung und der Mitgliedschaft fehlt später die stabile Grundlage. Das gilt für die übereilte Aufnahme von Rumänien und Bulgarien in die EU ebenso wie für die Aufnahme Griechenlands in den Euro-Raum oder verfrühte Beitrittsanträge an Serbien.

Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei offenbaren eine weitere grundlegende Schwäche der aktuellen EU-Erweiterungspolitik: In Artikel 49 EU-Vertrag heißt es: „*Jeder europäische Staat, der die in Artikel 6 Absatz 1 genannten Grundsätze achtet, kann beantragen, Mitglied der Union zu werden.*“ Es geht dabei in Artikel 6 um die „*Grundsätze der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit.*“ Aber es kann eben nicht jeder Staat, der diese Grundsätze erfüllt, Mitglied der EU werden, sondern nur „jeder europäische Staat“. Die geographische Komponente ist also ein Beitrittskriterium und muss endlich enttabuisiert werden. Europa kann nicht länger der Frage ausweichen, wo seine realen Grenzen sind.

Europäische Selbstbehauptung als Begründung für weitere Integrationsschritte, mehr Demokratie zur Steigerung der europäischen Handlungsfähigkeit und eine klare Definition der Grenzen Europas — das ist die europäische Tagungsordnung der Zukunft.

=====

Ohne deutsches TV-Echo - Auf einer Konferenz der so genannten Visegrad-Staaten (Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn) wurde kürzlich beschlossen, an Kernkraft-Plänen festzuhalten, Informationen auszutauschen und gemeinsam an den weltweiten Konferenzen der Kernkraftstaaten teilzunehmen. US-Beobachter bei der Konferenz berichten, dass sowohl in Warschau wie in Budapest Deutsche versucht hätten, die Visegrad-Staaten von Kernkraftplanungen abzubringen mit Hinweisen auf die deutsche Energie-Wende, die auch geschäftlich positiv werde. Es gab schroffe Zurückweisungen von polnischer und ungarischer Seite.

HINWEIS

„IV. Internationale Energie- und Klimakonferenz“ 25./26.11.2011 in München

Dieser Kongress mit Wissenschaftlern aus allen Kontinenten artikuliert seit einigen Jahren Kritik am so genannten Weltklimarat IPCC und dessen politischen Sympathisanten.

Ich halte einige frühere Aussagen der Konferenz für zweifelhaft, gebe aber meinen Hinweis mit der Parole „Man höre auch die andere Seite“. Schon heute besteht leider wieder der Eindruck, dass die in München veranstaltete Konferenz so gut wie keine Medien-Chancen in Deutschland hat, obschon es auch heißt, drei Regionalsender, darunter der Bayerische Rundfunk, würden berichten. Und vielleicht FOCUS.

Kongress-Träger sind das **Berliner Manhattan Institut** und das Institut **EIKE**, Uni Jena.
e-mail-adresse info@berlinmanhattan.org
Tageskarte kostet 80 €. Privatpersonen zahlen 140 €.

Einige der vortragenden Professoren: Gert Ganteför (Uni Konstanz), Gerd Habermann (Uni Potsdam), Werner Kirstein (Uni Leipzig), Piers Corbyn (London), Christopher Horner (Washington), Horst-Joachim Lüdecke (Saarbrücken), Friedrich-Karl Ewert (Paderborn) Jan Velzer (Ottawa), Nir Shviv (Jerusalem), Henrik Svensmark (Kopenhagen).

Jürgen Wahl, Seibachstraße 6, 53343 WACHTBERG. Tel. 32 43 81. e-mail: post@jwahl.de
Spenden zur Kostendeckung sind NOTWENDIG ! Bitte freie Vereinbarung treffen, danke!
Volksbank 53343 WACHTBERG. Konto: 101403017 Bankleitzahl: 370 69 805